

ABDRUCK  
**Niederschrift**  
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung

des Ausschusses  
für Bildung, Kultur und Soziales

von Donnerstag, den 12.06.2008,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:           09:00 Uhr  
Ende der Sitzung:             11:35 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.**

**Für den in der Zeit von 11:05 Uhr bis 11:35 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Ausschussmitglieder**

Frau Emma Fichtl  
Frau Rita Follner  
Herr Hubert Klimmer  
Herr Thomas Köhler  
Frau Hannelore Kreuzer  
Herr Dr. Heinz Linduschka  
Herr Bernd Schötterl  
Frau Juanita Schwaab  
Herr Reinhard Simon  
Herr Dr. Rainer Vorberg  
Frau Ruth Weitz

**Stellvertretende Ausschussmitglieder**

Herr Reinhold Köhler

**Entschuldigt fehlten:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Walter Berninger

**Von der Verwaltung teilgenommen haben:**

Herr Oliver Feil, Regierungsrat	
Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor	bis Punkt 6
Herr Rainer Müller, Denkmalschutzbehörde	Punkt 1
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsoberamtsrat	
Frau Gaby Schmidt, Kulturreferentin	Punkt 6
Frau Margrit Schulz, Kreisbaumeisterin	bis Punkt 6
Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat	
Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat	Punkt 2
Frau Eva Ullrich, Schriftführerin	

## Tagesordnung:

- 1 Zuschussanträge für denkmalpflegerische Maßnahmen: Information über Zuschussbewilligungen gemäß den geltenden Richtlinien
- 2 Antrag auf finanzielle Unterstützung des Ambulanten Kinderhospizdienstes Aschaffenburg/Miltenberg
- 3 Wissensfabrik; Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 31.03.2008
- 4 Erwerb von Facharbeiten
- 5 Benennung der Mitglieder für die Schulkommission
- 6 Unterfränkische Kulturtage

### Tagesordnungspunkt 1:

#### **Zuschussanträge für denkmalpflegerische Maßnahmen: Information über Zuschussbewilligungen gemäß den geltenden Richtlinien**

Herr Rainer Müller, Mitarbeiter der Denkmalschutzbehörde, führte aus, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 19.07.2000 die Verwaltung ermächtigt habe, künftig im Rahmen der Denkmalpflege in eigener Zuständigkeit zu entscheiden und dem Kreisausschuss bzw. neu dem Ausschuss für Bildung, Kultur & Soziales jährlich eine Aufstellung über die gewährten Zuschüsse vorzulegen.

Landrat Schwing bat Herrn Müller, aufgrund der Zuständigkeit des neuen Ausschusses, einen Überblick darüber zu geben, was überhaupt gefördert werde. Dazu war von Herrn Müller eine **Tischvorlage** ausgeteilt worden.

Herr Müller führte sodann Folgendes der **Richtlinien des Landkreises Miltenberg** aus:

Der Landkreis Miltenberg fördert im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Maßnahmen, durch die Bau- und Kunstdenkmäler in fachlich einwandfreier Weise erhalten werden. Auf Art. 1 Denkmalschutzgesetz (DSchG), der die Voraussetzungen der Denkmaleigenschaft festlegt, wird ausdrücklich verwiesen. Gefördert wird der denkmalpflegerische Mehraufwand, den die Erhaltungsmaßnahme erfordert. Neben der Erhaltung der Denkmäler ist Ziel der Förderung die Pflege der historisch gewachsenen Ortsbilder und Ensembles. Zuschüsse können für folgende Maßnahmen gewährt werden:

## I. Förderung der Denkmalpflege

1. Freilegung und Sanierung von Sichtfachwerken; Konstruktionsfachwerke fallen nicht hierunter.
2. Gestaltung der Fassaden, einschließlich der aus Buntsandstein gefertigten Türstöcke, Türbögen, Torsteine und Fenstergewände besonderes erhaltenswerter Baudenkmäler, die den Siedlungscharakter der Orte prägen und dokumentieren.
3. Nicht durch Zuschuss abgedeckte Kosten der Befunduntersuchungen an denkmalgeschützten Objekten.
4. Erhaltung ortsbildprägender historischer Einfriedungen und Bauwerke (z. B. Brücken, Mühlkanalmauern, Wasserräder, Quelfassungen, o. ä.).
5. Denkmalpflegerischer Mehraufwand für Dacheindeckungen (Einzeldenkmäler, Gebäude im Ensemble).
6. Meldung von zufällig gefundenen und vom Landesamt für Denkmalpflege anerkannten Bodendenkmälern.
7. Renovierung erhaltenswerter Bildstöcke im Besitz von Privatpersonen.
8. Renovierung von Gebäuden und Museen.

Seit der Kreisausschusssitzung am 19.07.2007 sind seitens der Verwaltung folgende Zuschüsse bewilligt worden:

1. Becker, Elfriede, Freudenberger Straße 15, 63927 Bürgstadt  
Fassadenrenovierung am Fachwerkhaus Freudenberger Straße 15  
in Bürgstadt  
(Kostenaufwand: -14.577,46 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: ca. 8.000,-- €)  
**Zuschuss gemäß Richtl. I.1: 640,-- €** (Bewilligungsschreiben vom 15.05.2008)
2. Farrenkopf, Alexander, Goethestraße 16, 63927 Bürgstadt  
Dachneueindeckung mit Biberschwanzziegeln am Fachwerkhaus Freudenberger Straße 35  
in Bürgstadt  
(Kostenaufwand: -32.905,-- €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: mehr als 7.500,-- €)  
**Zuschuss gemäß Richtl. I.5: 600,-- €** (Bewilligungsschreiben vom 15.05.2008)
3. Stolzenberger, Birgit, Hauptstraße 49, 63911 Klingenberg a. Main  
Dachneueindeckung mit Biberschwanzziegeln am Anwesen Hauptstr. 49  
in Klingenberg a. Main  
(Kostenaufwand: -14.948,38 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: ca. 3.000,-- €)  
**Zuschuss gemäß Richtl. I.5: 240,-- €** (Bewilligungsschreiben vom 15.05.2008)
4. Helmstetter, Günther, Wengertsberg 47, 63928 Eichenbühl  
Gesamtinstandsetzung des ehem. Gasthofs zum Ritter, Hauptstraße 161  
in Eichenbühl  
(Kostenaufwand: -180.000,-- €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: mehr als 12.500,-- €)  
**Zuschuss gemäß Richtl. I.2: 1.000,-- €** (Bewilligungsschreiben vom 15.05.2008)
5. Fürst-zu-Löwenstein Stiftung, Schlosspark 1, 63924 Kleinheubach  
Befunduntersuchung in diversen Räumen des Fürstl. Löwensteinschen Schlosses  
in Kleinheubach

(Kostenaufwand: -29.477,17 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: mehr als 12.500,-- €)

**Zuschuss gemäß Richtl. I.3: 1.000,-- €** (Bewilligungsschreiben vom 15.05.2008)

6. Gemeinde Eichenbühl, Hauptstraße 97, 63928 Eichenbühl  
Voruntersuchung an der kath. Kapelle St. Valentin, Hauptstraße 158, in Eichenbühl  
(Kostenaufwand -7.389,90 €; denkmalpflegerischer Mehraufwand: -7.389,90 €)  
**Zuschuss gemäß Richtl. I.3: 591,-- €** (Bewilligungsschreiben vom 15.05.2008)

Landrat Schwing sagte anschließend, dass man dieses Jahr einen Tiefpunkt mit nur 6 Anträgen erreicht habe; in den früheren Jahren habe man das 2- bzw. 3-fache vorweisen können. Grund hierfür sei sicherlich, dass der Wohnungsbau aufgrund der Reduzierung der Förderung zurückgegangen sei. Man solle sich überlegen, ob man nicht die Richtlinien überarbeiten wolle. Er stellte folgende Fragen in den Raum: Hängt es am Umfang oder an der Höhe der Förderung? Schränken wir die Dinge ein, die wir fördern oder schränken wir die Höhe der Förderung ein oder beides? Oder ist der Grund ein anderer? Das könne man nicht aus dem Stehgreif heraus entscheiden, deswegen schlage er vor, dass sich die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Experten der Denkmalpflege überlegen solle, ob man die Förderung entsprechend anpassen müsse. Die finanziellen Mittel hierfür seien vorhanden, sie werden nur nicht ausgeschöpft.

Kreisrat Dr. Linduschka wollte wissen, wo nachzulesen sei, dass die Förderung bei Dacheindeckungen seit 2004 von 10 % auf 8 % gesenkt worden wäre.

Herr Müller verwies auf III, Punkt 1, der Richtlinien und führte dazu Folgendes aus:

Die Zuschüsse betragen 10 v. H. der Kosten für den denkmalpflegerischen Mehraufwand, höchstens jedoch 1.250,-- € bei den aufgeführten Maßnahmen der Ziffern I 1-4. Für Ziffer 1.5 beträgt der Höchstzuschuss 750,-- €

Lt. Kreistagsbeschluss vom 01.04.2004 sind die Zuschüsse um 20 % gekürzt worden, so dass von 10 % noch 8 % übrig geblieben sind.

Landrat Schwing bestätigte, dass dies die allgemeine Kürzung für freiwillige Leistungen gewesen sei. Man werde die Verwaltung beauftragen, in einer der nächsten Sitzungen Vorschläge zu unterbreiten, ob und wie man den einen oder anderen besser fördern könne. Er hob abschließend den seit vielen Jahren bestehenden Denkmalpreis der Sparkassen hervor. Hier sei Unterstützung gefragt.

Auf Vorschlag von Landrat Schwing wurde durch den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales sodann Folgendes beschlossen:

- 1. Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales nimmt von den unter Ziffern 1 bis 6 aufgeführten Zuschussbewilligungen einstimmig zustimmend Kenntnis.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinien des Landkreises Miltenberg zur Förderung der Denkmal- und Brauchtumpflege zu überarbeiten.**

Tagesordnungspunkt 2:

### **Antrag auf finanzielle Unterstützung des Ambulanten Kinderhospizdienstes Aschaffenburg/Miltenberg**

Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat, führte aus, dass der Deutsche Kinderhospizverein am 27.03.2008 einen Antrag auf finanzielle Unterstützung eines ambulanten Kinderhospizdienstes im Raum Aschaffenburg/Miltenberg gestellt habe. In Bayern gebe es bisher 5 ambulante Kinderhospizdienste.

Vorgesehen sei der Beginn des Dienstes bereits zum 01. Mai 2008 gewesen. Aufgrund von Problemen bei der Stellenbesetzung hätte der Start bisher aber nicht erfolgen können. Insgesamt liege - bei Personalkosten für eine Halbtagskraft - eine Kostenkalkulation von 53.500,- Euro für 2008 und von 63.500,- Euro für 2009 vor.

Bereits von November 2007 bis Februar 2008 seien vom Deutschen Kinderhospizverein Gespräche mit der Stadt und dem Landkreis Aschaffenburg sowie dem Landkreis Miltenberg geführt worden. Dabei sei dargestellt worden, dass man aufgrund der statistischen Daten von rund 85 Kindern in der Region ausgehe, bei denen ein Bedarf für eine Begleitung gesehen werde.

Im Gegensatz zum Hospizdienst im Erwachsenenbereich kümmere sich ein Kinderhospizdienst oft jahrelang um Kinder und Jugendliche, die an lang andauernden und langwierigen Erkrankungen litten. Großer Wert werde auch auf die Unterstützung und Einbeziehung der betroffenen Eltern gelegt.

Mit den bereits bestehenden lokalen und regionalen Hospizdiensten seien Gespräche geführt worden. Diese halten einen Kinderhospizdienst für eine wichtige Ergänzung zu den bereits vorhandenen Angeboten und wollen mit diesem auch zusammenarbeiten.

Räume werden noch gesucht. Eine Anmietung sei bislang noch nicht erfolgt. Die in der Kostenkalkulation angegebene Raummiete stütze sich auf Erfahrungswerte. Wichtig seien insbesondere eine gute Erreichbarkeit sowie ein behindertengerechter Zugang und eine behindertengerechte Ausstattung.

Für das Jahr 2008 sei bei den drei kommunalen Gebietskörperschaften der Region insgesamt ein Zuschuss in Höhe von 15.000,- Euro und für Jahr 2009 in Höhe von 20.000,- Euro beantragt worden.

Nach den Richtlinien der Krankenkassen sei eine Förderung erst ab dem dritten Tätigkeitsjahr möglich.

Zurzeit stehen für den Dienst rund 40.000,- Euro an Spendenmitteln zur Verfügung.

Die Verwaltung schlage vor, dem Ambulanten Kinderhospizdienst Aschaffenburg/Miltenberg nach Beginn seiner Tätigkeit bis zu 5.000,- Euro für das Jahr 2008 und bis zu 6.700,- Euro für das Jahr 2009 als Zuschuss im Rahmen einer Anschubfinanzierung zur Verfügung zu stellen, sofern der Bedarf nach Abrechnung nachgewiesen werde.

Der Kreisausschuss des Landkreises Aschaffenburg habe in seiner Sitzung am 14. April 2008 bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Die Stadt Aschaffenburg habe einen ebensolchen Beschluss im Hauptsenat des Stadtrats am 26. Mai 2008 gefasst.

Landrat Schwing sagte, das dies eine segensreiche Einrichtung für die Region Bayrischer Untermain sei, nicht nur für die betroffenen Kinder, sondern auch für die Eltern und Angehörigen und das mit relativ bescheidenen Beiträgen. Er finde es gut, dass es sich hier nicht um eine Organisation handele, die eine alleinige Kostenübernahme durch die öffentliche Hand fordere, sondern ein Großteil durch Spendengelder gedeckt werde und auch Krankenkassen sich an den Kosten beteiligen. Er hätte denn Beschluss zwar selbst fassen können, habe allerdings den zuständigen Ausschuss mit einbeziehen und informieren wollen.

Kreisrätin Fichtl sprach sich für das Projekt aus und wollte zum einen wissen, bis zu welchem Höchstalter eine Betreuung stattfinde und zum anderen, ob Familien, die nicht mobil seien, abgeholt werden können. Sie fügte an, dass sie stolz sei darauf, dass die Gebietskörperschaften ihren Zuschuss noch vor den Krankenkassen gewähren, welche sich erst im Jahr 2010 beteiligen werden.

Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat, sagte, er gehe davon aus, dass, soweit keine Mobilität gegeben wäre, die Mitarbeiter ins Haus kommen könnten. Des Weiteren teilte er mit, dass der Kindbegriff gesetzlich bis zum 14. Lebensjahr definiert sei. Wenn das Kind während der Krankheit erwachsen werde, erfolge weiterhin Betreuung.

Kreisrätin Weitz sprach sich im Namen der SPD-Fraktion für das Projekt aus. Es sei wichtig, dass Eltern in dieser schwierigen Situation unterstützt und entlastet werden. Sie gehe davon aus, dass es nicht allein um Begleitung, sondern auch um Beratung gehe und dass sich das Kinderhospiz mit anderen Diensten vernetze, um für Eltern bei Auftreten verschiedenartiger Probleme Hilfe leisten zu können.

Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat, meinte, dass Vernetzung ein wichtiger Punkt sei. Es werde nicht nur Begleitung, sondern auch Beratung angeboten. Es gebe Flyer mit Angabe von Anlaufstellen und Kontaktvermittlungen zu anderen Betroffenen, es werden u. a. Austauschmöglichkeiten für Familien in der Region und ambulante Unterstützung vor Ort organisiert, es gebe Seminarangebote und der Deutsche Kinderhospizverein gewähre finanzielle Unterstützung in Notlagen.

Kreisrat Schötterl stimmte im Namen der Freien Wähler inhaltlich zu. Er sagte, dass von angemieteten Räumen gesprochen werde und wollte dazu wissen, ob Kinder, soweit es deren gesundheitlicher Zustand noch zuließe, in diesen Räumen betreut werden oder ob damit ein ambulanter Dienst im Hause der Kinder gemeint sei.

Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat, antwortete, dass in den angemieteten Räumen die Zentrale sitze, pro Familie 2 ehrenamtliche Personen zur Verfügung stehen, ansonsten dort Seminare abgehalten werden und es zudem die Möglichkeit zur Beratung gebe. Selbstverständlich werden die ehrenamtlichen Helfer auch bei den Kindern zuhause eingesetzt.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales fasste sodann einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

**Dem Ambulanten Kinderhospizdienst Aschaffenburg/Miltenberg werden nach Beginn seiner Tätigkeit für das Jahr 2008 ein Zuschuss bis zu 5.000 Euro und für das Jahr 2009 ein Zuschuss bis zu 6.700 Euro als Anschubfinanzierung für ungedeckte Kosten gewährt.**

Tagesordnungspunkt 3:

### **Wissensfabrik; Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 31.03.2008**

Herr Oliver Feil, Regierungsrat, teilte mit, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt habe zu beschließen, dass Landrat Roland Schwing aufgefordert werde, Initiativen zu ergreifen, um die Wirtschaftsunternehmen des Landkreises zu einer so genannten Wissensfabrik zu vernetzen. Ziel der Wissensfabrik sei es, die Schulen im Landkreis in unterschiedlicher Weise (finanzieller oder inhaltlicher Art) zu unterstützen. Das Konzept der Wissensfabrik solle unter der Federführung des Landratsamts durch einen runden Tisch erarbeitet werden, dem unter anderem Vertreter/innen der Wirtschaftsunternehmen, die IHK, die Handwerkskammer, das Staatliche Schulamt, Vertreter/innen der einzelnen Schularten, Vertreter/innen der Kommunen, Vertreter/innen der FH etc. angehören sollen.

Eine eigene Zuständigkeit des Landkreises für dieses Anliegen sei nicht gegeben.

Es gebe jedoch bereits Initiativen zur Vernetzung von Schulen und Unternehmen:

Die ZENTEC und die IHK hätten unter Einbindung von Vertretern des schulischen Bereichs, dem Ausbildungsleiter der Mainsite GmbH und der Hochschule Aschaffenburg ein **5-Punkte-Programm Nachwuchsförderung** entwickelt.

Hierzu gehören folgende Vorschläge:

- Infoveranstaltungen für Lehrer, um Kontakte zwischen den Fachlehrern für Naturwissenschaften und Unternehmen zu intensivieren
- Besuche von Auszubildenden in Schulen, die ihr Unternehmen und ihren Ausbildungsberuf vorstellen
- Unterstützung des Regionalwettbewerbs Jugend forscht
- Schüler-Ingenieur-Akademie: Die Gymnasiasten der Oberstufe sollen ein Praxis- und Wissenschaftsseminar absolvieren, um mehr Interesse am Studium in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zu fördern
- Technikevents („Lange Nacht der Wissenschaften“), um die Faszination von Technik und Wissenschaft hervorzuheben

Die Idee der Wissensfabrik verfolge die gleiche Zielrichtung wie die dargestellten Initiativen. Es werde deshalb vorgeschlagen, den Antrag an die ZENTEC weiterzuleiten mit der Bitte, die Wissensfabrik in ihre Überlegungen mit einzubeziehen und im Ausschuss über die Erfahrungen zu berichten.

Die ZENTEC als Vermittler zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sei ihres Erachtens die geeignete Plattform. Das Konzept der ZENTEC beruhe auf Netzwerken und Kooperationen, ganz im Sinne des Antrags. Auch der überregionale Bezug des Antrags, etwa durch die gewünschte Einbeziehung der Fachhochschule, spreche für die ZENTEC als geeignete Schnittstelle, um Kontakte im Sinne des Antrags herzustellen.

Kreisrätin Kreuzer sprach sich für den bereits in der letzten Legislaturperiode gestellten Antrag ihrer Fraktion aus. Es ginge dabei darum, dass sich Unternehmen und Schulen zusammenschließen, um Wissen zu teilen, weiterzugeben und voneinander zu lernen, damit neue Ideen und Konzepte entstehen können. Sie bat im Namen ihrer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Zustimmung, sie persönlich jedoch gebe sich auch mit einer Weitergabe an die

ZENTEC zufrieden. Sie bat Landrat Schwing, in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu berichten und fügte an, sie kenne die ZENTEC zwar aus der Presse in Verbindung mit dem Thema Fahrzeugsicherheit, wisse aber nicht, was genau dort gemacht werde. Ihr sei aufgefallen, dass Kindergärten und Grund- und Hauptschulen nicht genannt worden seien. Abschließend führte sie als positives Beispiel die Fa. Siemens, Nürnberg, an, welche ein solches Projekt bereits erfolgreich durchführe.

Landrat Schwing erklärte zur ZENTEC (Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH) Folgendes: Die ZENTEC sei entstanden aus der Fa. INNOZET (Existenzgründerzentrum), die man mit Unterstützung des Freistaates Bayern vor 10 Jahren gebaut habe und welche dann vereinigt worden sei mit dem TIZ (Technologie- und Innovationszentrale) aus Karlstein. Man habe dann den Sitz nach Großwallstadt geholt. Zwischenzeitlich sei dort auch das Regionalmanagement etabliert. Es handele sich um eine große gemeinsame Einrichtung, an der u. a. die Stadt und der Landkreis Aschaffenburg, der Landkreis Miltenberg, die Gemeinde Großwallstadt, IHK, HWK, Sparkassen, Raiffeisen- und Volksbanken beteiligt seien. Man habe vieles auf die ZENTEC und deren Fachleute übertragen und investiere viel Geld, weshalb darauf geachtet werden müsse, dass man Dinge nicht parallel laufen lasse. Die ZENTEC selbst sei gerne bereit, sich dem Ausschuss vorzustellen. Aus diesem Grunde schlage er vor, eine der nächsten Sitzungen vor Ort abzuhalten und dann auch das Thema „Wissensfabrik“ mit einzuplanen. Auf Kreisrätin Kreuzers Hinweis gab er zur Antwort, dass Kindergärten, Grund- und Hauptschulen berücksichtigt worden seien.

Landrat Schwing fügte an, dass man Mitglied im Wirtschaftsförderverein FrankfurtRheinMain GmbH und er selbst 2. Vorsitzender sei, außerdem bestehe eine Mitgliedschaft in der Marketing GmbH. Man werde noch in diesem Jahr eine Vereinbarung für die Wissensregion Frankfurt- Rhein-Main unterschreiben, so dass zu diesem Thema ein Netzwerk entstehe.

Kreisrat Dr. Linduschka sagte, man werde im nächsten Schuljahr ca. 350 12.-Klässler bzw. 10.- und 11.-Klässler im Landkreis haben, die das so genannte P-Seminar (Praxis-Seminar) absolvieren müssen. Er regte an, dass der Ausschuss Bildung, Kultur und Soziales bei der Koordination mitwirken solle. Man habe vorwiegend kleinere, mittelständige Firmen im Landkreis, für die es eine große Belastung darstelle und für die kein Nutzen daraus hervorgehe, da viele der Praktikanten nicht als zukünftige Mitarbeiter in Frage kämen, sondern ein Studium anstrebten. Kreisrat Dr. Fahn und er hätten einen Antrag beim Kultusministerium eingereicht, welcher abgelehnt worden sei. Man habe beantragt, wie es in Baden-Württemberg der Fall sei, beide Seminare auf eines, entweder Wissenschaft oder Praxis, zu beschränken, um v. a. ländliche Regionen nicht zu überfordern. Man habe zur Antwort erhalten, dass dies auf dem Land auch möglich sei, was vor Ort natürlich anders aussehe.

Landrat Schwing antwortete, dass am 18. Juli 2008 um 14.00 Uhr im Industriecenter Obernburg (ICO) bereits eine Zusammenkunft geplant sei mit interessierten Unternehmen, Lehrer/innen und Professor/innen der Fachhochschule und man hier koordinierend nicht mehr tätig werden müsse, da die ZENTEC und die beteiligten Firmen und Organisationen diesbezüglich in Aktion treten werden.

Kreisrätin Follner forderte einen Überblick über die bisherigen Aktivitäten der ZENTEC im Hinblick auf die „Wissensfabrik“, worauf Landrat Schwing entgegnete, dass man dies vor Ort bei einer der nächsten Ausschusssitzungen tun werde.

Landrat Schwing bat abschließend um Unterstützung der Einrichtung. Dort werde inhaltlich gute Arbeit geleistet, worauf man stolz sein könne.



Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales fasste sodann einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 31.03.2008 wird zustimmend an die ZENTEC GmbH weitergeleitet, da diese bereits Initiativen zur Vernetzung von Schulen und Unternehmen entwickelt hat.**

Tagesordnungspunkt 4:  
**Erwerb von Facharbeiten**

Herr Oliver Feil, Regierungsrat, informierte darüber, dass, wie alljährlich auch in diesem Jahr über die vom Gutachtergremium ausgewählten und prämierten Facharbeiten der Kollegiaten des Abiturjahrgangs **2008** informiert werde. Im Unterschied zu den Vorjahren erfolge die Information nunmehr im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales und nicht mehr im Kreisausschuss.

Es seien **21** Facharbeiten eingereicht worden. Das Gutachtergremium, welches am **29.05.2008** zusammen gekommen wäre, habe **14** Arbeiten für die Landkreissammlung ausgewählt. Im Einzelnen handele es sich um folgende Facharbeiten:

*Emma Portje:*

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des TV Großwallstadt für den bayerischen Untermain

*Benedikt Schuck:*

Die biologische Landwirtschaft im Landkreis Miltenberg und deren Möglichkeiten der Vermarktung

*Martin Keller:*

Der Wirtschaftsstandort Landkreis Miltenberg im Spiegel von verschiedenen Standortuntersuchungen

*Theresa Alexander:*

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Weinbaus in Erlenbach unter Berücksichtigung von 50 Jahren Erlenbacher Weinfest

*Peter Huhn:*

Mountainbiking – Trainingsplan anhand GPS-gestützter Trainingsstrecken

*Simon Hanikel:*

Die Stadtbücherei Miltenberg – Lesen schmackhaft gemacht

*Christoph Busch:*

Regenerative Energien und ihre Nutzung in der Region Miltenberg

*Michael Schöpf:*

Hochwasser und Hochwasserschutz in Miltenberg und deren wirtschaftliche Bedeutung

*Lena Geis:*

Entwicklung von Abwasserreinigung und Gewässergüte im Raum Miltenberg

*Bernadette Schwab:*

Fairer Handel am Beispiel des Eine-Welt-Ladens Erlenbach

*Mario Postel:*

Die Integration von Zuwanderern in Deutschland veranschaulicht an Beispielen im Nordlandkreis

*Carina Kunisch:*

Autismus – eine empirische Untersuchung

*Sabrina Rügamer:*

Der Fall des Miltenberger Pfarrers Ulrich Bloom. Glockenläuten gegen NPD-Kundgebung

*Katharina Sauer:*

Möglichkeiten und Grenzen der Produktion in Behindertenwerkstätten

Die Verfasser der Facharbeiten erhielten Anerkennungsschreiben des Landrates, die ihnen im Rahmen der Verleihung der Abiturzeugnisse überreicht werden. Die Anerkennungsprämien, die zwischen **50 € und 250 €** liegen, seien insbesondere abhängig von der Qualität der Arbeit und ihrer Originalität (Neuigkeitswert und Selbständigkeit der Erarbeitung). Darüber hinaus habe das Gremium bei der Auswahl und Bewertung der Arbeit auch berücksichtigt, welchen Gewinn der Erwerb einer Facharbeit für den Landkreis mit sich bringen würde.

Besonders zu erwähnen seien in diesem Jahr die Facharbeiten von:

1. *Carina Kunisch:*

Sie habe sich sehr eingehend mit dem Thema „Autismus – eine empirische Untersuchung“ befasst. Die gesamte Arbeit zeichne sich durch einen hervorragenden Sprachstil und klare Verständlichkeit aus. Der Leser erhalte einen sehr guten Einblick in das Thema Autismus und insbesondere zur Beschulung und Integration in die Grundschulstufe der Richard-Galmbacher-Schule.

2. *Peter Huhn:*

Er habe sich in seiner Arbeit mit dem „Mountainbiking – Trainingsplanung anhand GPS-gestützter Trainingsstrecken“ auseinandergesetzt. Der Autor zeige in sehr anschaulicher und prägnanter Form die unterschiedlichen Trainingsmethoden auf. Gleichzeitig gebe die Arbeit die Möglichkeit, diese Methoden an ausführlich dargestellten Strecken im Landkreis selber auszuprobieren.

Die Facharbeitenaktion habe nunmehr **162** Arbeiten aus **21** Abiturjahrgängen zusammengetragen. Sie werden in der Kreisbildstelle archiviert und seien für die interessierte Bevölkerung öffentlich zugänglich.

Die Landkreisverwaltung dankt Frau Bott, Frau Hey, Herrn Klein und Herrn Dr. Linduschka für ihr großes Engagement bei der fachkundigen Auswahl und Prämierung der Facharbeiten im Gutachtergremium.

Landrat Schwing bedankte sich bei Herrn Feil, der auch zur Arbeitsgruppe gehört habe. Es sei doch ein beträchtlicher Teil, der in zeitlich engem Umfang durchgearbeitet werden müs-

se. In 2 bis 3 Jahren gebe es keine Facharbeiten mehr, man werde sich dann überlegen, ob und wie eine Weiterführung möglich sein wird.

Auf die Frage von Kreisrat Reinhold Köhler, ob die Facharbeiten, soweit am PC verfasst, elektronisch, z. B. über die Homepage verfügbar gemacht werden könnten, gab Herr Oliver Feil, Regierungsrat, zur Antwort, dass man dies bislang aufgrund des großen Arbeitsaufwandes noch nicht gemacht habe. Die Facharbeit von Herrn Huhn könne man eventuell in Verbindung mit dem Bereich Tourismus im Internet veröffentlichen.

Landrat Schwing bestätigte, dass es ein großer Arbeitsaufwand sei, die Arbeiten zu digitalisieren, zumal diese bis zum jetzigen Zeitpunkt in Papierform eingereicht worden seien. Er bedankte sich für die Anregung und fügte hinzu, dass man in 2 – 3 Jahren erneut darüber beraten könnte und Fachleute entscheiden müssten, inwieweit eine Durchführbarkeit gegeben sein wird.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales nahm sodann von dieser Information zustimmend Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

#### **Benennung der Mitglieder für die Schulkommission**

Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor, führte zu TOP 5 aus, dass die Schulkommission bislang nicht in der Geschäftsordnung 2002 – 2008 enthalten gewesen sei, was sich in der neuen Amtsperiode nun geändert habe.

Er teilte weiterhin Folgendes mit:

Seit Beginn der neuen Amtsperiode und somit nach § 36 Abs. 2 und 4 GeschO werden die Mitglieder der Schulkommission vom Bauausschuss zusammen mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales bestellt.

Wie diese Bestellung erfolgen soll, ist in der Geschäftsordnung nicht näher bestimmt. Zur Klärung dieser Frage schlägt die Verwaltung folgende Lösung vor:

1. Die Schulkommission besteht aus 6 Mitgliedern, und zwar 1 Mitglied je Fraktion.
2. Bauausschuss und Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales entsenden aus ihrer Mitte je 3 Mitglieder (keine stellvertretenden Mitglieder).
3. Die Mitgliedschaft in der Schulkommission ist eine "höchstpersönliche", d.h. für die Mitglieder der Schulkommission werden keine Vertreter bestellt.
4. Die Reihenfolge der Sitzvergabe erfolgt nach der Stärke der Fraktionen im Kreistag, bei gleicher Fraktionsstärke nach der Stimmzahl, die bei der Kreistagswahl am 02.03.2008 erzielt wurde. Daraus ergibt sich folgende Reihenfolge der Mitgliederbenennung: 1. CSU, 2. SPD, 3. FW, 4. Grüne, 5. Neue Mitte, 6. FDP.

Zur Vermeidung von Interessens- und auch Pflichtenkollisionen schlagen wir darüber hinaus vor, dass keine Mitglieder benannt werden sollten, die an kreiseigenen Schulen als Lehrkräfte beschäftigt sind.

Diese Auslegung und Klarstellung der Geschäftsordnung sollte sowohl im Bildungs- wie auch im Bauausschuss beschlossen werden.

Herr Fieger brachte vor, dass er die Fraktionen mit Bitte um Vorschläge angeschrieben habe und Rückmeldungen bei ihm eingegangen wären, jedoch viele stellvertretende Mitglieder benannt worden seien, was als nicht zufrieden stellend bezeichnet werden könne.

Landrat Schwing fügte hinzu, dass er nicht gedacht hätte, dass es so schwierig sein würde, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Die Kommission sei entstanden, da u. a. innerhalb des Bauausschusses Kritik vorgekommen sei darüber, wie Dinge von den Schulen gehandhabt werden. Die Grundidee sei gewesen, dass man ein Gremium brauche, welches die Interessen der Kreisgremien gegenüber den Schulen vertrete. Er sollte kein in der Geschäftsordnung festgelegter Ausschuss sein, sondern ein flexibler. Das habe bislang hervorragend funktioniert, was es auch weiterhin hätte, wenn nicht der neue Ausschuss gebildet worden wäre und man nicht in die Geschäftsordnung mit aufgenommen hätte, dass die Schulkommission aus beiden Ausschüssen gebildet werden solle. Er betonte, dass man nichts gegen Lehrer habe, schließlich sei Frau Münzel das letzte Mal Ausschussmitglied gewesen; man wolle jedoch nicht, dass die Kollegen in Interessenskonflikte kommen.

Kreisrat Dr. Linduschka meinte, dass Landrat Schwing inhaltlich falsch liege und dass ein Misstrauen gegenüber den Kreisräten herrsche, wozu kein Anlass bestehe. Er und Kreisrat Dr. Schüren nehmen die Schulkommission sehr ernst, weswegen beide u. a. in einem Jahr früher aus der Schule austreten wollen. In anderen Gremien hätte man eher Interessenskonflikte z. B. im Bauausschuss. Warum sollte man die Schulkommission nicht mit Fachleuten besetzen?

Landrat Schwing erwiderte, dass er als derjenige, der die Schulkommission außerhalb der Geschäftsordnung ins Leben gerufen hatte, habe deutlich machen wollen, warum man das gemacht habe, mit welchem Erfolg und was dahinter stecke. Es gehe nicht um Misstrauen gegenüber den Schulen oder den Kreisräten, sondern um Fürsorgepflicht, schließlich wolle er niemanden in Gewissenskonflikte bringen. Wie oft hätten Kreisrat Dr. Schüren und er (Kreisrat Dr. Linduschka) gesagt, man trage auf zwei Schultern, wenn es um schulische Probleme ginge. Er fügte hinzu, dass man dies kritisch betrachten solle.

Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor, schloss sich dieser Meinung an. Man wolle im Hinblick auf die Fürsorgepflicht niemanden in die Situation bringen, auf zwei Schultern tragen zu müssen. Er wies darauf hin, dass dies auch Niederschlag in Regelungen und Regelwerken finde.

Landrat Schwing ergänzte zum Thema Interessenskonflikt, dass persönlich Betroffene, z. B. im Bauausschuss, von der Beratung ausgeschlossen werden. Man wolle vermeiden, dass diese Situation in der Schulkommission auftrete.

Kreisrat Dr. Schüren, der als Nichtmitglied der Sitzung beiwohnte, bat um Rederecht.

**Landrat Schwing lies sodann darüber abstimmen. Die Mehrheit stimmte bei 3 Gegenstimmen für das Rederecht.**

Kreisrat Dr. Schüren sagte, er brauche keine Fürsorge, er könne für sich selbst sorgen. Er fühle sich sehr missverstanden, mit dem was man unterstelle. Seit 1996 sei er im Kreistag und auch parallel im Gemeinderat gewesen, es hätte keine einzige Situation gegeben, in der er hier als Gemeinderat und nicht als Kreisrat gesprochen habe. Er habe zwar ein besonderes Verhältnis zur Schulleitung, jedoch stehe er in keinem Interessenskonflikt; er weise den Vorwurf zurück. Sollte er der Schulkommission in Zukunft angehören, wäre es nicht so, dass er die Interessen seines Schulleiters oder seine persönlichen vertrete, sondern er vertrete alleine die Interessen, welche er als Kreisrat zu vertreten habe. Die Kommission hätte laut Landrat Schwing bislang gut funktioniert, weil *keine* Lehrer dabei gewesen wären. Er wolle

wissen, was hinter der Verschwörungstheorie stecke. Aus seiner Sicht gebe es kein Problem.

Landrat Schwing wies den Vorwurf der Verschwörungstheorie zurück, man könne ihm die Fürsorgepflicht, die er für die Kreisräte habe, nicht abnehmen.

Kreisrat Schötterl meinte, dass jeweils die besten Kräfte in die Kommission und Ausschüsse gehören. Es handle sich bei der Schulkommission um ein beratendes Gremium, insofern sei der Vorwurf des Interessenskonfliktes nicht greifbar. Es gebe hier nur gestandene Bürger, die genau wissen, wo ihre Grenzen liegen. Bei möglichem Auftreten von Interessenskonflikten solle man den Kreisräten bei ihrer Arbeit im Kreistag Vertrauen entgegenbringen können. Er bat darum, das Ganze emotionsloser zu sehen. Lehrer selbst wissen am Besten wie es in den Schulen zugehe. Er sprach sich für eine Teilnahmemöglichkeit der Lehrer aus und eine Streichung des Passus.

Landrat Schwing bestätigte die beratende Funktion der Schulkommission. Er betonte, dass die nun entfachte Diskussion nur stattfindet, weil der neue Ausschuss Bildung, Kultur und Soziales eingeführt worden sei. Es liege kein Misstrauen vor, man habe lediglich auf zwei Ausschüsse verteilen wollen.

Kreisrätin Follner sagte, sie halte die Schulkommission für eine gute Idee und sie wehre sich gegen die Ablehnung von Lehrern, schließlich seien dies Fachkräfte. Außerdem sei man durchaus als Lehrer/in in der Lage, manches auf zwei Schultern zu tragen, was zum Teil auch erforderlich sei.

Kreisrat Dr. Vorberg meinte, er sei als niedergelassener Arzt Mitglied im Krankenhausbeirat gewesen und damals habe man im Kreistag auch nicht diskutiert, ob ein Interessenskonflikt vorliegen könnte. Er stellte fest, dass man über zwei bestimmte Personen diskutiere und wollte wissen, ob nicht auch andere Personen der jeweiligen Fraktionen in Frage kämen, was eine Lösung des Problems bedeuten könnte.

Kreisrat Dr. Linduschka sagte dazu, man diskutiere nicht nur um Personen, man diskutiere ums Prinzip. Er finde es falsch, dass man Personen aus Prinzip fern halten wolle, die auf beiden Seiten Erfahrung vorweisen können. Er wollte bei dem Entscheidungspunkt Bildungspolitik wissen, warum man Kreisräte ausschließe, die zusätzlich als Lehrer gut Bescheid wissen. Dies komme einem Schildbürgerstreich gleich. Er bemängelte, dass man zu diesem Punkt vorab keine Vorlage zur Verfügung gestellt bekommen habe. Kreisrat Dr. Schüren hätte dann die Möglichkeit gehabt, einen Antrag zu stellen.

Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor, nahm Stellung zu Kreisrat Dr. Linduschkas Frage und begründete das Fehlen einer Vorlage damit, dass er in Urlaub gewesen und es aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen sei. Er habe rechtzeitig die Fraktionsvorsitzenden angeschrieben, mit der Bitte, die Benennungen einzureichen. Er habe einen Beschluss vorlegen wollen, der die Geschäftsordnung auslege, was in der Kürze der Zeit nicht mehr möglich gewesen sei. Es stecke keine böse Absicht dahinter, er habe noch am Morgen den nun vorliegenden Beschlussvorschlag zur Diskussionsgrundlage verfasst.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales fasste sodann auf Vorschlag des Landrates folgende

### **Beschlüsse:**

#### **1. Die Schulkommission besteht aus 6 Mitgliedern, und zwar 1 Mitglied je Fraktion.**

**Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.**

- 2. Bauausschuss und Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales entsenden aus ihrer Mitte je 3 Mitglieder (keine stellvertretenden Mitglieder).**

**Der Beschlussvorschlag wurde mit Stimmenmehrheit bei 3 Gegenstimmen angenommen.**

- 3. Die Mitgliedschaft in der Schulkommission ist eine "höchstpersönliche", d.h. für die Mitglieder der Schulkommission werden keine Vertreter bestellt.**

**Der Beschlussvorschlag wurde mit Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen angenommen.**

- 4. Die Reihenfolge der Sitzvergabe erfolgt nach der Stärke der Fraktionen im Kreistag, bei gleicher Fraktionsstärke nach der Stimmenzahl, die bei der Kreistagswahl am 02.03.2008 erzielt wurde. Daraus ergibt sich folgende Reihenfolge der Mitgliederbenennung: 1. CSU, 2. SPD, 3. FW, 4. Grüne, 5. Neue Mitte, 6. FDP.**

**Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.**

- 4. Zur Vermeidung von Interessen- und auch Pflichtenkollisionen sollen keine Mitglieder benannt werden, die an kreiseigenen Schulen als Lehrkräfte beschäftigt sind.**

**Der Beschlussvorschlag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.**

#### Tagesordnungspunkt 6: **Unterfränkische Kulturtage**

Landrat Schwing begrüßte zu TOP 6 Frau Gaby Schmidt, Kulturreferentin des Hauses. Man habe sich für das Jahr 2008 eine Menge vorgenommen. Es sei bislang im Kreisausschuss über die anstehenden Veranstaltungen berichtet worden, jetzt sei der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales das zuständige Gremium.

Er wies auf jährlich wiederkehrende Veranstaltungsreihen hin, wie z. B. den Internationalen Chorwettbewerb oder den Sommerrausch im Schlosspark Kleinheubach. Zusätzlich hob er die Unterfränkischen Kulturtage (27.06. bis 13.07.2008) hervor.

Frau Schmidt teilte mit, dass man sich für die Unterfränkischen Kulturtage die Orte Miltenberg, Bürgstadt, Großheubach und Kleinheubach ausgesucht habe, da diese eine Tourismusgemeinschaft bilden. Unter dem zentralen Thema „Wege – woher? wohin? mit wem?“ finden in diesen vier Kommunen zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen statt. Man biete an 16 Veranstaltungstagen Programm mit allem Möglichen was der Landkreis anzubieten habe, wie z. B. Musik, Literatur, Malerei, Architektur, kultiviertes Essen und Weine der Region. Bewährtes wolle man mit aufnehmen und stützen und auch das Fränkische solle nicht zu kurz kommen.

Ganz besonders ans Herz legte Frau Schmidt den Ausschussmitgliedern das 3-tägige Fest zum Tag der Franken (04. - 06. Juli 2008). Um die Geschichte Frankens zu würdigen, habe der Bayerische Landtag am 18. Mai 2005 beschlossen, jährlich einen „Tag der Franken“ durchzuführen, welcher am 06. Juli 2008 in der Stadt Miltenberg gefeiert werde und aus welchem Grunde das Altstadtfest umbenannt worden sei. Sie wies darauf hin, dass das Fest in einen Festakt eingebunden sei, an welchem auch Ministerpräsident Beckstein teilnehme.

Landrat Schwing sagte, dass man durch all diese Veranstaltungen die Möglichkeit habe, den Landkreis im kulturellen Bereich positiv darzustellen.

Kreisrätin Weitz äußerte sich begeistert darüber, was Frau Schmidt alles leiste und sprach ein Dankeschön im Namen der SPD-Fraktion aus.

Kreisrätin Fichtl schloss sich im Namen der CSU-Fraktion dieser Meinung an und sagte, Frau Schmidt gebühre dafür allergrößter Respekt. Auf ihre Frage, wie man am Tag der Franken in die Stadt Miltenberg gelange, gab Frau Schmidt zur Antwort, dass großräumig Parkplätze ausgewiesen und Busse eingesetzt werden.

Landrat Schwing wünschte Frau Schmidt abschließend viel Erfolg bei der Durchführung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales nahm sodann von dieser Information einstimmig zustimmend Kenntnis.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Ullrich**  
Schriftführerin